

DER EINFACHSTE WEG IST NICHT UNBEDINGT DER BESTE – SOZIALE UND ÖKOLOGISCHE ANFORDERUNGEN AN DIE WÄRMEWENDE

Input von Fritz Mielert, Umweltreferent beim BUND Baden-Württemberg, beim Fachseminar 2021

Dezentralität

Aus Sicht des BUND verlagert die verpflichtende kommunale Wärmeplanung erstmals eine der zentralen Klimaschutzfragen dorthin, wo sie auch gelöst werden kann: In die Kommunen. Auf die Kommunen kommt nun die große Aufgabe zu, das Thema auch ernsthaft zu bearbeiten und einen Wärmeplan nicht als einmalige Aufgabe zu verstehen. Die Wärmepläne dürfen nicht in Schubladen bei den Klimaschutzkonzepten der letzten 20 Jahre verschwinden. Die Wärmeplanung muss als zentrale Querschnittsaufgabe Einfluss auf alle Planungsaufgaben einer Kommune nehmen.

Gesichert ist das noch lange nicht. Und die Infos, die uns bisher vorliegen, deuten darauf hin, dass die verschiedenen Kommunen die Aufgabe verschieden schnell und verschieden ernsthaft angehen.

Energiequellen

Einige Kommunen werden sich intensiv mit allen Arten von Energiequellen beschäftigen. Sie werden versuchen, auch Umweltwärme zu erschließen, werden mit abgesenkten Netztemperaturen planen, und auf eine umfangreiche Gebäudesanierung inklusive Quartiersmanagement setzen. Die Konzepte, die so entstehen, werden wahrscheinlich einigermaßen komplex sein, aber auch einen ziemlich sicher gangbaren Weg in eine klimaneutrale Zukunft weisen.

Erdgas & Wasserstoff

Einige Kommunen werden sich aber sicherlich auch einen schlanken Fuß machen. Sie werden der EnBW folgen, die konsequent den Erdgas-Weg beschreitet. Sie plant, ihre Steinkohle-Anlagen abzuschalten und – zumindest so die bisherigen Informationen – durch Erdgas zu ersetzen. Die EnBW spekuliert darauf, dass am 2035 ausreichend klimaneutrale Gase zur Verfügung stehen werden, um ihre Anlagen zu betreiben. Was die EnBW unter klimaneutralen Gasen versteht, ist bisher nicht klar. Teilweise heißt es, blauer Wasserstoff, der per Dampfreformation aus Erdgas hergestellt wird, sei ausgeschlossen. Teilweise ist dieser explizit mit gemeint. Auch macht die EnBW den Wechsel ganz klar von der Verfügbarkeit klimaneutraler Gase abhängig – und weist die Verantwortung für deren Produktion von sich.

Dieser sogenannte Fuel Switch setzt darauf, dass explizit nur die Wärmeerzeugungsanlagen ausgetauscht werden. Alle anderen Komponenten einer leitungsgebundenen Fernwärmeversorgung bleiben unverändert bestehen. Das betrifft auch die Temperaturen in den Wärmenetzen. Eine Einbindung von Niedertemperatur-Umweltquellen wird damit verhindert.

Rechtlich spricht nichts dagegen, dass Kommunen sich an der EnBW orientieren und genau diesen Weg beschreiten. Die Folge wären auch BUND-Sicht unverantwortlich, da der Bedarf erst an Erdgas und später an klimaneutralen Gasen massiv steigen würde, es nicht absehbar ist, dass diese Gasmengen durch auf Basis von erneuerbaren Energien erzeugten grünen Wasserstoff gedeckt werden können und die eigentliche Lösung des Energieproblems auf die Zukunft verschoben wird.

Investitionen / Energetische Sanierung

Doch gerade die notwendigen Investitionen in Infrastruktur zur Wärmeversorgung und in die energetische Gebäudesanierung sind einerseits enorm, andererseits sind die Investitionszyklen extrem lang. Wir liegen bei der Gebäudesanierung momentan bei einer Sanierungsrate von etwa einem Prozent pro Jahr. Mit vier Prozent kämen wir durch den Gebäudebestand halbwegs durch. Agora Energiewende rechnet mit einer durchschnittlichen Sanierungsrate von 1,6 Prozent, die Deutsche Energie-Agentur mit 1,5 Prozent, um die deutschen Emissionsminderungsziele 2030 zu erreichen. Gebäude und Infrastrukturen, die heute angepackt werden, werden wahrscheinlich nicht vor 2040 nicht wieder umgebaut. Es ist also zwingend, jetzt Investitionsentscheidungen zu treffen, die einigermaßen sicher die Einhaltung der Klimaziele ermöglichen.

Kostenentwicklung

Das neue Energiesystem wird teurer sein als das alte. Der Grund ist, dass beim fossilen System viele Kosten nicht eingepreist wurden. Sie wurden der Allgemeinheit aufgebürdet, ohne irgendwo zu Buche zu schlagen. Im neuen System wird eine solche Kostenverschleierung hoffentlich im Klima- und in anderen Umweltbereichen nicht oder nur noch schwer möglich sein. Die Folge wird aber sein, dass die sichtbaren Kosten enorm steigen.

Soziale Frage

Damit einher gehen soziale Auswirkungen. Klima- oder Umweltschutz hat sie nicht zu verantworten, das alte System war ungerecht. Doch das ist nur graue Theorie. Das, was bei den Menschen ankommt, sind spürbar höhere Kosten. Diesen Preissteigerungen müssen wir begegnen, um soziale Verwerfungen zu verhindern. Wenn wir das nicht schaffen, wird der Widerstand gegen Klima- und Umweltschutzmaßnahmen wahrscheinlich enorm sein.

In diesem Sinne ist die soziale Frage nicht von der ökologischen zu trennen.

Notwendige politische Weiterentwicklungen

Damit die Wärmewende wirklich ein Erfolg werden kann, brauchen wir verschiedene politische Maßnahmen:

- Verpflichtung aller Kommunen zur Planung – und zur Umsetzung
- Integrierte Energie- und Klimaplanung über die verschiedenen Sektoren hinweg
- Qualifizierungsoffensive für Planung und Umsetzung, denn uns fehlt das Fachpersonal zur Umsetzung
- Sozialverträglichere Regelung der Umlegbarkeit der Sanierungskosten
- Steiler Anstieg der CO₂-Bepreisung mit schleichendem Übergang zu einem Marktmodell
- Pro-Kopf-Rückerstattung von Einnahmen aus der CO₂-Bepreisung
- Hohe Baustandards (Passivhaus im Neubau, KfW55 in der Sanierung)

- Umfangreiche staatliche Förder- und Contractingprogramme zur Finanzierung der Infrastruktur- und Sanierungskosten

Druck

Damit sich einerseits die politischen Rahmenbedingungen ändern und andererseits die Kommunen gute Wärmeplanungen erstellen und diese auch umsetzen braucht es Druck. Wir müssen den Verantwortlichen auf die Finger schauen, wir müssen nachhaken, bessere Lösungen fordern und die Umsetzung begleiten.

Danke.